

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Gottwald und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1984

hier: Einzelplan 23

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
— Drucksachen 10/280 Anlage, 10/648, 10/659 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

die in Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 866 01 –
Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
– vorgesehenen Mittel für El Salvador zu streichen und die Mittel
für Nicaragua entsprechend zu erhöhen.

Bonn, den 6. Dezember 1983

Gottwald

Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

Begründung

Aufgrund der politischen Verhältnisse in El Salvador wurde die wirtschaftliche Hilfe der Bundesrepublik Deutschland 1980 eingefroren. Seit 1980 hat sich die politische Situation im Land noch verschlechtert. Regierung und Militärs sind für systematische Menschenrechtsverletzungen und Terror gegen die Bevölkerung verantwortlich. Eine Besserung der Situation zeichnet sich nicht ab. Die für März angekündigten Wahlen sind ungewiß und zudem unabhängig von faktischen Machtveränderungen, da es sich nur um Präsidentschaftswahlen handelt. Die Rolle der Militärs bleibt unangetastet; auch die nächste Regierung wird sich wesentlich aus ultrarechten Kräften zusammensetzen. Eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die sich an den Bedürfnissen der armen Bevölkerung orientieren will, ist auf zwischenstaatlicher Ebene mit der jetzigen und auch nach eventuellen Wahlen zu erwartenden Regierung in El Salvador völlig aussichtslos.

In Nicaragua gibt es gerade auch staatlicherseits zahlreiche Ansätze, die eine bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit, die sich an den Bedürfnissen der armen Bevölkerung orientiert, sinnvoll machen.

Wie gerade auch Vertreter von entwicklungspolitischen Organisationen, die in Nicaragua tätig sind, bestätigen, ist Nicaragua eines der wenigen Entwicklungsländer, in dem die Rahmenbedingungen für sinnvolle Entwicklungspolitik überdurchschnittlich positiv sind.

Die 1982 von der CDU/CSU und FDP vorgenommene Kürzung der Entwicklungshilfe gegenüber dem Haushaltsentwurf der SPD/FDP-Bundesregierung war aus entwicklungspolitischen Überlegungen heraus nicht zu vertreten.

Im Sinne des größten Teils der nicaraguanischen Bevölkerung – hier besonders der armen ländlichen Bevölkerung – und eines demokratischen Wiederaufbaus des Landes sind die vorgesehenen 5 Mio. DM Kapitalhilfe um 20 Mio. DM auf 25 Mio. DM zu erhöhen.